

Antrag 06/I/2021
Jusos Brandenburg
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung

Einführung des Mindestlohns in Behindertenwerkstätten

1 Wir fordern die SPD-
2 Bundestagsfraktion auf, sich
3 im Bundestag für die Einfüh-
4 rung eines flächendeckenden
5 Mindestlohns für die Arbeit in
6 Behindertenwerkstätten ein-
7 zusetzen. Damit einher geht
8 die Bedingung, dass Arbeitneh-
9 mer*innen in den Werkstätten
10 den notwendigen Arbeitneh-
11 mer*innenstatus erhalten.

12

Begründung

14 Seit 2015 gilt in Deutschland
15 das Mindestlohngesetz. Dieser
16 Mindestlohn soll die Zahl der
17 Arbeitnehmer*innen reduzie-
18 ren, die trotz Vollbeschäftigung
19 auf staatliche Sozialleistungen
20 ausgewiesen sind. Dass dieser
21 dringend auf mindestens 12
22 Euro erhöht werden muss, ist
23 offenkundig.

24 Dem Mindestlohn in Behinder-
25 tenwerkstätten steht heute §
26 221 des neunten Sozialgesetz-
27 buches entgegen. Hier wird
28 geregelt, dass behinderte Men-

Mit Verweis auf den letzten Ab-
satz der Begründung. Sinnvoll
wäre eine konzeptionelle Heran-
gehensweise.

29 schen in Werkstätten in einem
30 arbeitnehmer*innenähnlichen
31 Rechtsverhältnis stehen und
32 keine Arbeitnehmer*innen seien.
33 Demzufolge gilt das Mindest-
34 lohngesetz für sie nicht. Das
35 wollen wir ändern, denn Arbeit-
36 nehmer*innen mit Behinderung
37 müssen auf dem Arbeitsmarkt
38 dieselben Rechte haben. Diese
39 selben Rechte beginnen da-
40 mit, dass Werkstattarbeit als
41 Erwerbsarbeit anerkannt und
42 dementsprechend mit dem ge-
43 setzlichen Mindestlohn vergütet
44 wird.

45 Respekt war und ist das Wahl-
46 kampfthema der SPD zur zu-
47 rückliegenden Bundestagswahl.
48 Nach unserem Verständnis
49 widerspricht ein Stundenlohn
50 von unter zwei Euro in einer
51 Werkstatteinrichtung diametral
52 dem Grundwert des Respekts in
53 unserer Gesellschaft. Es ist nicht
54 zu rechtfertigen, dass Menschen
55 mit Behinderungen trotz Arbeit
56 am Monatsende auf Grunds-
57 cherungsleistungen angewiesen
58 sind.

59 Das Leitbild einer inklusiven
60 Gesellschaft hat sich in vielen
61 Bereichen als gewinnbringend
62 durchsetzen können. Der Bezug

63 von Grundsicherung trotz Voll-
64 zeitarbeit wertet nicht nur die
65 Leistungen der Beschäftigten in
66 den Werkstatteinrichtungen ab,
67 er schließt sie auch zwangsläufig
68 von unterschiedlichen Bereichen
69 des gesellschaftlichen Lebens
70 aus. Denn für einen Restau-
71 rantbesuch oder ein Treffen mit
72 Freund*innen im Kino, sind die
73 staatlich zur Verfügung gestellten
74 Mittel nicht ausreichend.

75 Langfristig gedacht ist das
76 Werkstattkonzept in seiner der-
77 zeitigen Form zu überdenken.
78 Die Vereinten Nationen forder-
79 ten Deutschland schon 2015 auf,
80 Werkstätten abzuschaffen, da sie
81 der Behindertenrechtskonventi-
82 on entgegen ständen.